Evangelisches Werk
für Diakonie
und Entwicklung

Diakonie Deutschland

Brot für die Welt

„Wenn ein Fremdling bei euch wohnt in eurem Lande, den sollt ihr nicht bedrücken. Er soll bei euch wohnen wie ein Einheimischer unter euch, und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid auch Fremdlinge gewesen in Ägyptenland. Ich bin der HERR, euer Gott.“ (3. Mose/ Lev 19,33f)

Erklärung der Konferenz Diakonie und Entwicklung
Für gesellschaftlichen Zusammenhalt – in Deutschland, Europa und weltweit!

Wer an Dresden denkt, denkt an die Frauenkirche, die von den Bürgerinnen und Bürgern Dresdens aus den Kriegstrümmern als Symbol der Versöhnung wieder errichtet wurde mit Unterstützung von Spenden aus ganz Deutschland und aller Welt, insbesondere aus Coventry – Versöhnung nach den Verbrechen, die unter der NS-Herrschaft und im Zweiten Weltkrieg von Deutschen begangen wurden. Millionen von Menschen in ganz Europa wurden dadurch zur Flucht gezwungen.
Vor diesem Hintergrund macht es besonders betroffen, dass gerade diese Stadt als Plattform genutzt wird für aggressiven Ausdruck von Rassismus und Ausgrenzung, der die Aufmärsche von Neonazis und die Pegida-Demonstrationen prägt. Das gemeinsame Handeln von Tausenden Bürgerinnen und Bürgern Dresdens unterschiedlicher Überzeugungen und ihr gemeinsames Eintreten für eine offene Gesellschaft der Vielfältigen machen sichtbar, dass Dresden auch eine Stadt der Versöhnung und der Toleranz ist.

Die heutigen Flüchtlingsbewegungen zeigen, dass extreme und andauernde Konflikte und der Verlust an auskömmlichen Überlebensbedingungen weltweit aus unserer Wahrnehmung nicht mehr ausgeklammert werden können. Sie betreffen auch uns und fordern uns heraus: Denn Kriege, Hunger, Armut, Gewalt, Klimakatastrophen, Ungerechtigkeit und Perspektivlosigkeit haben ihren Ursprung nicht nur in den Ländern, aus denen Flüchtlinge kommen. Deshalb können sie auch nicht von diesen Ländern allein bewältigt werden. Auch die Europäische Union und Deutschland sind Mitverursacher der Probleme und sind aufgerufen, eine verantwortungsvolle Rolle bei deren Überwindung zu übernehmen. Trotz zahlreicher anderslautender Versprechungen und politischer Bekenntnisse sind diese Länder den selbst gesetzten Verpflichtungen bei der Lösung der durch sie selbst zu verantwortenden Armutstreiber und Gewaltverstärker bisher nicht in ausreichendem Maß nachgekommen.

Immer wieder gilt es, sich bewusst zu machen: Fast neunzig Prozent aller Flüchtlinge finden in Entwicklungsländern Aufnahme, fernab von Deutschland. Mehr als 640 000 Flüchtlinge aus Syrien leben unter den 9,5 Millionen Einwohnern in Jordanien. Im Libanon leben 183 Geflüchtete pro 1000 Einwohner – so viel wie in keinem anderen Land.
Die Entwicklungszusammenarbeit mit Herkunftsländern von Flüchtlingen, ebenso wie mit deren Nachbar- und anderen Aufnahmeländern, muss verstärkt werden. Eine ernst zu nehmende Zusammenarbeit muss an den Menschenrechten ausgerichtet, langfristig und nachhaltig sein. Denn Fluchtursachen und Fluchtsituationen sind längerfristiger Natur. Nach Schätzungen des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge müssen circa 41 Prozent der Betroffenen durchschnittlich 26 Jahre lang in Fluchtsituationen leben.

Darum bleibt es wichtig,

- bestehende Problemlagen in den Aufnahmegesellschaften weltweit von Anfang an mit den Blick zu nehmen,
- die Unterstützung für Flüchtlinge dort nicht auf eine reine Nothilfe zu beschränken und umsichtige und entwicklungsförderliche Konzepte mit dieser Hilfe zu verknüpfen sowie
- den Schutz der Geflüchteten in Europa als gemeinsame Aufgabe der EU-Mitgliedstaaten zu gewährleisten.

Eine friedliche und gerechte Welt kann nur gemeinsam geschaffen werden.
Gerade weil die Gründe, die Menschen in die Flucht zwingen, lange weiterbestehen und ihnen halbherzig nicht beizukommen ist, bleiben Schutzsuchende darauf angewiesen, sicheren Aufenthalt und Perspektiven in den Zufluchtsländern zu finden. In diesen Ländern muss daher Sorge getragen werden, dass das Zusammenleben der Verschiedenen gelingt, sich zum Vorteil Aller entwickelt und Früchte für Alle tragen kann.
Integration ist immer mit Lern- und Veränderungsprozessen sowohl für die aufnehmende Gesellschaft als auch für die Aufgenommenen verbunden. Das setzt entsprechenden Willen und Bereitschaft von allen Beteiligten voraus. Eine nachhaltige öffentliche Zustimmung hängt auch von einer umsichtigen Beachtung und Wahrung der sozialen Balance ab. Sie bedarf unterstützend eines öffentlichen und auf Ausgleich und Offenheit zielenden Dialogs zwischen allen Beteiligten. Diese Einsichten gelten für die Länder, in denen die meisten Flüchtlinge Aufnahme finden, genauso wie in Europa und in Deutschland.
Doch statt sich der Herausforderungen und Chancen anzunehmen, die sich mit der Aufnahme Schutzsuchender verbinden, werden zu Unrecht ausgerechnet die Flüchtlinge als Ursache schon lange bestehender innergesellschaftlicher Probleme verantwortlich gemacht. Aus dieser Verwechslung von Ursache und Wirkung speisen sich in vielen Ländern Abwehr und Gewalt, Hassreden, Rassismus und ausgrenzende, menschenfeindliche Ideologien. Dem treten Kirche und Diakonie zusammen mit allen Menschen guten Willens entschieden entgegen. Die weltweite Kirche Jesu Christi gestaltet und versteht ihre Einheit seit Jahrtausenden in Vielfalt. Mit unseren Erfahrungen halten wir auch eine religiös und kulturell vielfältiger werdende Gesellschaft für gestaltbar und wünschenswert. Damit dies gelingt, brauchen wir gegenseitiges Verständnis, soziale Gerechtigkeit und Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben.
In Erinnerung daran, dass die Angehörigen des Volkes Gottes selber Fremde waren in Ägypten, ermutigen wir dazu, Verständnis für die Not und die Bedürfnisse der Geflüchteten auch weiterhin aufzubringen und uns in die Lage der Geflüchteten hinein zu versetzen. Geflüchtete brauchen so schnell wie möglich einen sicheren Aufenthaltsstatus. Spätestens nach drei Monaten sollten alle Geflüchteten Zugang zu Sprachunterricht, Ausbildung und Arbeit erhalten. Auch der Ausbau und die Aufrechterhaltung eingehender und umfassender individueller Beratung, Ausbildungs- und Arbeitsförderung sind unabdingbar, wenn Desintegration und sozialer Unfriede vermieden werden sollen.

Alle Menschen besitzen nach christlicher Überzeugung die gleiche Würde. Die Menschenrechte, wie sie u.a. durch die UN-Menschenrechtspakte kodifiziert wurden, gelten auch für diejenigen, die fliehen mussten. Sie müssen in allen Staaten gewährleistet werden, ebenso wie das Recht der Flüchtlinge auf Schutz.

Wir heißen Menschen in ihrer Vielfalt, unterschiedlichen Glaubens, unterschiedlicher Weltanschauung und unterschiedlicher Herkunft willkommen, unabhängig davon, ob sie als ArbeitsmigrantInnen, als nachzugsberechtigte Familienmitglieder oder als Geflüchtete zu uns kommen. Die bleibend große Bereitschaft vieler Menschen in Deutschland, Flüchtlinge aufzunehmen und zu unterstützen, muss weiterhin beherzt und konsequent von staatlicher Seite mit entsprechenden Regeln und Maßnahmen ergänzt und unterstützt werden. Integration in Deutschland wie weltweit kann nur gelingen, wenn Staat, Kirche und Zivilgesellschaft zusammen daran arbeiten. Allerdings werden wir die weltweiten Probleme und Fluchtursachen nicht in Deutschland allein lösen können. Nur ein Mehr an internationaler Zusammenarbeit, gemeinsamer europäischer Verantwortung und eine nachhaltige Bekämpfung der Fluchtursachen werden verhindern, dass sich noch mehr Menschen auf die Flucht begeben müssen.

Die lokale Ebene bildet den entscheidenden Ort für gelingende Integrationsprozesse. Insbesondere auf der kommunalen Ebene müssen alle Unterstützungs- und Hilfsangebote, zum Beispiel in Form von runden Tischen, gut koordiniert werden. Vor Ort kommt es zu Begegnungen zwischen Menschen. Es braucht gemeinsam verbrachte Zeit, um Kulturen, Traditionen und Werte des anderen kennen und akzeptieren zu lernen. In dieser Überzeugung arbeiten wir weiterhin an der interkulturellen Öffnung und an kultursensiblen Angeboten in Kirche und Diakonie.

„Nächstenliebe verlangt Klarheit“ – so lautet das Motto des jährlichen Aufrufs eines breiten Bündnisses aus Kirchen, Wissenschaft und Politik gegen Naziaufmärsche am 13. Februar in Dresden. Wo gegen Andere gehetzt wird, wo Menschen bedroht werden und die Grundlagen rechtsstaatlicher Demokratie angegriffen werden, ist neutral bleiben keine Option für Christen‘, so heißt es in einem offenen Brief von sächsischen Theologinnen und Theologen vom Februar 2016[1]. Aus Glauben treten wir für die Vielfalt, für den Schutz von Flüchtlingen und für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an den uns anvertrauten Gaben der Schöpfung ein.

Dresden, im Oktober 2016

[1] https://www.ekd.de/aktuell_presse/2016_02_26_06_offener_brief.html.